

## „Knebelung der Freiheit“

### Feierlicher Protest des Bundestages gegen Pankower Terror-Gesetze

Bonn (Eigenbericht). Der Bundestag hat gegen den Beschluß der sowjetzonalen „Volkskammer“, ungenehmigte Reisen ins Bundesgebiet künftig mit Gefängnis zu bestrafen, feierlich Protest eingelegt. In einer einmütigen Entschließung, die Vizepräsident Dr. Jäger vor dem Parlament verlas, verlangte der Bundestag, daß den Bewohnern der Sowjetzone die Möglichkeit gelassen werde, sich innerhalb Deutschlands frei zu bewegen. Die geplanten Gesetzesänderungen in der Zone wurden als eine „brutale Knebelung der Freiheit“ und als eine „Vertiefung der Spaltung Deutschlands“ bezeichnet, die angesichts der Weihnachtszeit besonders grausam sei.

Die Protesterklärung des Bundestages hat folgenden Wortlaut:

„Die von der sowjetzonalen Volkskammer beschlossenen Änderungen des Gesetzes und des Strafgesetzes bedrohen die Einwohner der sowjetisch besetzten Zone mit Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren, wenn sie ohne Genehmigung der Behörden aus der Zone ausreisen. Schon bisher war das Reisen durch die bekannten bürokratischen und polizeistaatlichen Eingriffe ungemein erschwert. Nunmehr droht sogar Gefängnisstrafe, wenn ein Deutscher von einem Teil Deutschlands in den anderen reisen will.

Diese brutale Knebelung der Freizügigkeit — die zwar in der Verfassung der SBZ gewährleistet, aber in der Praxis nicht besteht — bedeutet eine unerträgliche Erschwerung der Aufrechterhaltung der menschlichen Beziehungen über die Zonengrenze hinweg. Damit wird die Spaltung Deutschlands weiter vertieft. Besonders verwerflich ist es, daß diese Maßnahme in der Weihnachtszeit beschlossen worden ist.

Der deutsche Bundestag erhebt feierlich und entschiedenen Protest. Er verlangt, daß die Behörden der sowjetisch besetzten Zone den Deutschen dort das Reisen ebenso freigebe, wie es für die Bewohner der Bundesrepublik seit langem selbstverständlich ist.“

Der Bundestag gab diese Erklärung im Anschluß an eine Sondersitzung seines Ausschusses für Gesamtdeutsche Fragen ab. Zuvor hatte der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, erklärt, die neuen Pabestimmungen Pankows zeigen die Schwäche und das Unvermögen des kommuni-

stischen Regimes, das den Flüchtlingsstrom eindämmen wolle. Die einzig wirksame Maßnahme, so betonte Lemmer, wäre jedoch nur die endliche Berücksichtigung des Willens der mitteldeutschen Bevölkerung hinsichtlich der Gestaltung ihrer gesamten Lebensverhältnisse.

Die Pankower Strafrechtsnovelle beweist nach den Worten Lemmers ebenfalls, „daß die SED nicht in der Lage ist, durch Überzeugung und Leistung zu regieren, sondern daß sie zu drakonischen Gesetzen und Strafbestimmungen greifen muß, um ihre Herrschaft aufrechterhalten zu können“. (Siehe auch Seite 4.)

## Grotewohl: lieber Teilstaat

Berlin (DPA). Vor Spitzenfunktionären der kommunistischen „Nationalen Front“ sagte der Sowjetzonen-Ministerpräsident Grotewohl, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands habe sich im Laufe der Jahre „in ihrem Inhalt vollständig verändert“. Nach einem Bericht der Zonenagentur ADN fügte Grotewohl hinzu, es sei besser, die DDR zu haben, als ein Gesamtdeutschland nach dem Willen der „Bonner Machthaber“. Dieses, so meinte Grotewohl, wäre „militaristisch imperialistisch und kriegslüsternd“.

## Schwarz-Rot-Gold statt Sternenbanner

Erding (Obb.) (DPA). Auf vier Flugplätzen der amerikanischen Luftwaffe in Bayern ging das Sternenbanner nieder, das dort seit 1945 geweht hatte. In Fürstenfeldbruck, Landsberg, Kaufbeuren und Erding übernahm die Deutsche Bundeswehr diese

Plätze. Mit der Übergabe der Flugplätze geht die gesamte Ausstattung im Wert von rund 35 Mill. Mark entschädigungslos in deutsche Hände über. Die Amerikaner werden vorerst als Instruktoren auf den Flughäfen bleiben.

Bundesverteidigungs-Minister Strauß gab bei der Übernahme bekannt, daß im nächsten Jahr neun Jagdbomberstaffeln mit je 25 Düsenflugzeugen vom Typ F 84 (Thunderstroke) aufgestellt werden sollen. Die deutsche Luftwaffe werde dann ein' „beachtlicher Faktor“ sein.

Energisch dementierte Strauß ebenso wie vor einigen Tagen der amerikanische Verteidigungsminister Neil McElroy Gerüchte, daß die in Bayern stationierten US-Truppen durch Bundeswehreinheiten ersetzt werden sollten. Richtig sei daran nur, daß nach etwa einjähriger Vorbereitung die amerikanischen und deutschen Truppen „enger zusammengefaßt“ werden sollten.



## Keine Konferenz ist überflüssig

DT. Es ist selbst für unsehr an Superlativen überreiche Zeit ein noch nicht dagewesenes Ereignis, wenn sich die Regierungschefs von fünfzehn Staaten in Paris, auf kulturgesättigtem europäischem Boden, zu einer Mammut-Konferenz versammeln. Daß wir das Ungeöhnliche aber nur als das Glied in einer Kette von nicht abbreiðenden anderen Ereignissen empfinden, liegt an den Erfahrungen, die der Zeitgenosse in den zwölf Nachkriegsjahren mit Konferenzen aller möglichen Zusammensetzung gemacht hat. Unsere tiefe Skepsis gegen den Erfolg von politischen Konferenzen rührt von all dem her, was gerade wir Deutschen in den vergangenen Jahren erlebt haben. Paris, London, Moskau, Berlin heißen die Stationen der Außenminister-Konferenzen, bei denen immer unsere Frage, die deutsche Frage, in oft wochenlangem und fast durchweg unfruchtbarem Auseinandersetzen zur Debatte gestanden hat.

\*

Mit den Konferenzen, die die Staaten des Atlantikpaktes seit ihrer Lissabonner Gründung abhalten, ist ein neues System der politischen Gespräche und Übereinkünfte in die internationale Politik getreten. Die NATO-Konferenzen haben den Charakter von Treffpunkten politisch Gleichgesinnter erhalten, die uns bislang jedenfalls Entscheidungen oder konkrete politische Fortschritte nur selten bescherten konnten. Die letzte NATO-Konferenz der Außenminister der fünfzehn Paktstaaten hat sogar im Mai dieses Jahres in Bonn die Teilnahme der Bundesrepublik an dem Bündnis der freien Staaten besonders demonstrativ geehrt. Doch die NATO-Zusammenkünfte dieses Typs konnten für die Völker dieser Staaten um so weniger sichtbare Früchte ernten, als sich die Arbeiten der Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftsminister in den NATO-Gremien auf äußerlich schwer erkennbare Fragen der Koordination von Rüstung und militärischer Entwicklung erstreckten.

Den politischen Wert dieser Konferenzarbeit freilich schätzten die Gegner im Osten immer höher ein als die betroffenen westlichen Staaten und Völker. Die politische Propaganda und Strategie des Ostens ist von Monat zu Monat stärker eine Anti-NATO-Strategie geworden. Und aus dieser Perspektive wird verständlich, was allein die Ankündigung bedeutend mußte, die verantwortlichen Leiter der fünfzehn in der Atlantischen Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten wollten sich zu einer ersten großen Spitzenkonferenz in Paris treffen. Es gibt keine Vorbilder für ein derartiges Konzil, wenn man nicht auf weit zurückliegende historische Begegnungen zurückgreifen will.

Selbst dabei werden sich Vergleiche schwer anstellen lassen; denn den fünfzehn Regierungschefs, die heute nach Paris gekommen sind, kann nicht an einer billigen oder festlichen Repräsentation liegen, die so gar nicht in unsere ernüchterte Zeit paßt. Zum anderen aber ist auch nicht vorstellbar, daß sich Türken und Engländer, Franzosen und Dänen, Deutsche und Italiener, Belgier und Norweger, Kanadier und Holländer, Amerikaner und Luxemburger, Griechen, Portugiesen und Isländer zu einer ähnlich ideologisch-machtpolitischen Befehlsausgabe in Paris vereinigen könnten, wie es die Regierungschefs der kommunistischen Staaten vor ein paar Wochen in Moskau getan haben. Im Gegenteil: ein Blick auf die Teilnehmer der Riesen-Konferenz von Paris macht klar, daß sie nicht nur durch ihre Geschichte, sondern auch durch ihre sehr gegenwärtigen Probleme voneinander in vieler Beziehung geschieden sind.

Können wir von einer solchen Zusammenkunft anderes erwarten als eine Diskussion und möglicherweise auch eine Übereinkunft über ein paar Fragen, die nun wirklich alle angehen? Wir registrierten bisher schon dankbar, wenn wir in Lissabon oder in Oslo Stimmen hörten, die dem Problem der deutschen Freiheit und Selbstbestimmung Verständnis entgegenbrachten. Aber wir wissen, daß für die Griechen Zypern, für Frankreich Algerien, für Italien der Süden des Landes, für England die

Verbindung zum Commonwealth, für Holland Indonesien und für andere Länder dies und jenes unverwechselbare erstrangige Aufgaben und Probleme sind. Jedes dieser Länder, die sich im Atlantik-Pakt verbunden haben, erwartet oder erhofft mindestens das aktive Interesse seiner Partner für seine Aufgabe. Daß Frankreich die Algerien-Frage gern im NATO-Rat in seinem Sinne erörtert wüßte, steht ebenso vordringlich auf der Wunschliste wie die britischen Vorrangpläne für Sicherheit und Zusammenarbeit. Kein Wunder, daß wir unsere deutschen Fragen auch auf der Pariser Konferenz nur als ein und gewiß nicht als das Thema erwarten dürfen.

Gegenüber den bisherigen Zusammenkünften besteht jedoch diesmal die große Hoffnung, daß der Fall Deutschland in einem stärkeren Grade als eine die Interessen der Atlantischen Gemeinschaft ganz grundsätzlich berührende Aufgabe angesehen wird. Man hat das auch im Kreml empfunden; denn der erste und umfangreichste Brief in der großen Schreib-Aktion des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin ging an den Regierungschef der Bundesrepublik. Die Briefe aus Moskau werden fraglos alle Teilnehmer von Paris belasten. Soviel Propaganda und soviel klar erkennbarer Störwille aus ihnen herauschaut, — soviel Gedanken und Konzeptionen sind in ihnen auf ähnliche Weise angerührt, wie sie in den letzten Monaten die internationale Diskussion belebt und erfüllt haben.

\*

Die Pariser Konferenz ist eine Konferenz des Westens. Sie geht mit dem bisher größten politischen Anspruch in Szene. Dem entspricht der Aufwand, den Moskau getrieben hat, um möglichst jedem gewichtigen Partner der Konferenz vorher ein auf seine individuellen Sorgen und Bedürfnisse zugeschnittenes Angebot zu machen. An die Vereinigten Staaten von Amerika erneuert Bulganin sehr demonstrativ den Wunsch nach einem zweiseitigen Freundschaftspakt, also nach einer Teilung der Weltherrschaft. An England richtet sich das dort in manchem Kopf so heimische Angebot, ihm bei der Unterstü-

(Fortsetzung auf Seite 7)



## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Berlin keine isolierte Frage

### Grundsätzliche Erklärung Brandts zur internationalen Frage

Berlin (Eigenbericht). „Das gespaltene Berlin und das zerrissene Deutschland“, erklärte der Regierende Bürgermeister Brandt auf einem Presseempfang in der Kongreßhalle, „bilden als Problem eine Einheit, die nicht nur für uns Deutsche, sondern für die Welt unteilbar ist.“

Jeder Gedanke, für Berlin eine Ausnahmелösung etwa nach dem Danziger Muster zu finden, müsse in das „Reich der gefährlichen Illusion“ verwiesen werden. Das freie Berlin sei keine Operationsbasis gegen die Sowjetunion; es werde sich weiter bemühen, Brücke zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands zu sein und die Hauptstadt vorzubereiten.

Brandt stellte ferner fest, daß man „von Oberlehrern aus Pankow“ keinerlei Nachhilfeunterricht über staats- oder völkerrechtliche Probleme benötige. Berlin werde weiterhin darauf bestehen, daß die Abmachungen über die Stadt von denen eingehalten werden, die sie unterschrieben hätten. Die vom US-Verteidigungsminister erneut unterstrichene Sicherheitsgarantie wurde vom Regierenden Bürgermeister begrüßt.

Zu den Gedanken des früheren amerikanischen Botschafters Kennan über die Lösung des deutschen Problems meinte Brandt, Kennan habe den Mut gehabt, eine Meinung zu äußern,

## München wurde Weltstadt

### Das millionste Kind geboren

K. St. München (Eigenbericht) Der millionste Einwohner Münchens ist am Montagmorgen ausgezählt worden. Er heißt Helmut und ist das zweite Kind der seit vier Jahren verheirateten Kaminkehrerseheleute Hubert und Brigitte Seehaus aus München-Pasing. Der kleine Jubilar kam am Sonntag um 15.45 Uhr in einer Klinik zur Welt. Damit ist München, das, wie berichtet, im nächsten Jahr seinen 800. Geburtstag feiert, nun „offiziell“ eine Weltstadt geworden.

Am Montagvormittag besuchten zwei Beamte des Statistischen Amtes sämtliche Münchener Kliniken und Privatheb-

ammen, um die Zeitenfolge der Geburten genau zu ermitteln. Die Auszählung dauerte noch so lange, weil gleichzeitig die Sterbefälle, die sich in München mit den Geburten etwa ausgleichen, berücksichtigt werden mußten. Die Meldungen von „Zuagroasten“ wurde am Montag früh gestoppt. Durch diesen kleinen Kunstgriff wurde garantiert, daß der millionste Einwohner ein echtes Münchener Kind wurde.

Die Nachricht von dem Eintreffen des ersten Münchener „Weltstadtbürgers“ quittierte Oberbürgermeister Thomas Wimmer mit den Worten: „So ist er jetzt endlich da!“ Das Stadtoberhaupt will der glücklichen Mutter erst am Dienstag seine Aufmerksamkeit widmen. Er wird dem Kinde dabei ein Sparkassenbuch mit 1000 Mark Einlage und eine komplette Babyausstattung in die Wiege legen. Bürger Nummer 1 000 001 mit dem Namen Claudia Müller und Bürger Nummer 1 000 002 namens Rüdiger Schwittay werden Trostgeschenke erhalten.

So ist München jetzt endgültig in die Reihe der etwa 70 Städte der Erde aufgerückt, deren Einwohnerzahl über eine Million beträgt.

## Aneurin Bevan's Vorschläge

### „Moskau nach Bedingungen fragen“

Berlin (Eigenmeldung). Mit einem klaren „Nein“ beantwortete der Außenpolitiker der Labour-Partei, Aneurin Bevan, vor der Berliner Pressekonferenz die Frage, ob Großbritannien die üblichen diplomatischen Beziehungen zur Sowjetzone aufnehmen soll. Weiter erklärte Bevan mit aller Entschiedenheit, die unerträgliche „Verstümmelung einer Nation“ dürfe nie anerkannt werden.

Er wiederholte seine bekannte Auffassung, daß die Sowjetunion die Wiedervereinigung nicht annehmen werde, wenn über den militärischen Status und über die Allianzen Unklarheiten beständen. Bevan sagte, er kenne die sowjetischen Bedingungen nicht, der Westen müsse sie aber zu erfahren suchen. Man müsse sich deshalb

mit den Sowjets zusammensetzen.

Auf die Frage, ob Deutschland für die Wiedervereinigung auch auf innenpolitische Konzessionen eingehen solle, erklärte Bevan, die Großmächte sollten ein entsprechendes Rahmenwerk schaffen, das dann in Deutschland diskutiert werden müßte. Die Kontrolle einer militärisch verdünnten Zone sei durch ein Inspektionssystem keine Schwierigkeit.

Im Hinblick auf die Sowjets warnte Bevan schließlich vor einer allzu pessimistischen Beurteilung der „menschlichen Natur“. Auch in Rußland gebe es geistige Fortschritte, die sich etwa in einer freieren Literatur äußerten. Solange man sich aber gegenseitig Moral predige, käme man nicht zusammen.



## Die Richter in Karlsruhe

DT. Die Bundesrichter haben allen Deutschen eine Lehre erteilt, für die wir ihnen dankbar sein können. Der Dritte Strafsenat in Karlsruhe sprach Dr. Viktor Agartz frei, weil der Beweis landesverräterischer Beziehungen des ehemaligen Chefileadenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht erbracht werden konnte. Es war diesem scharfsinnigen, vorwiegend zur Analyse sozialer und politischer Tatbestände neigenden Mann nicht nachzuweisen, daß er die Absicht gehabt hat, die freiheitliche demokratische Ordnung der Bundesrepublik zu untergraben. Daraus zogen die Karlsruher Richter ihre Folgerungen. Es war die Konsequenz, die nur in einem Rechtsstaat möglich ist: politische Anschauungen und Ideologien sind keine Tatbestände, über die ein Gericht zu urteilen hat. Sie sind erst dann strafrechtlich von Bedeutung, wenn sie sich zu beweisbaren staatsfeindlichen Absichten verdichten. Das ist die unverrückbare Ansicht eines Rechtsstaates, der nicht über die Gesinnung und die Gewissen seiner Bürger richtet. So wird der Raum für die Freiheit erhalten.

Es ist sicher, daß der Freispruch von Karlsruhe in Bonn mit Gelassenheit und selbstverständlicher Achtung vor dem obersten Gericht, jedoch bei den Machthabern in Pankow mit kaum verhohlener Bestürzung

aufgenommen worden ist. Die SED-Ideologen haben gerade wieder einmal durch ihr sogenanntes Paß- und Strafergänzungsgesetz die Grundlage ihrer Gerichtsordnung freigelegt, nämlich den ideologischen Untergrund. Für sie gilt nicht das Recht des freien Menschen, sondern sie wünschen die notfalls erzwungene Zustimmung aller ihrer Gewalt Unterworfenen. Es ist fast sicher, daß sie die Verbitterung des aus seiner politischen Bahn geschleuderten Dr. Agartz gerissen benutzen wollten, um eine Schneise in die freie westdeutsche Welt zu schlagen. Darum finanzierte man seine „Wiso“-Korrespondenz mit DM-Geldern und darum verriet man ihn wahrscheinlich an die westdeutsche Exekutive, als man feststellen mußte, daß dieser 60jährige Marxist mit dem früh gealterten,

zerklüfteten Gesicht nicht so „spurte“, wie man es erwartet hatte.

Agartz ließ seine Meinung nicht kaufen. Zugleich wurde in den Verhandlungen in Karlsruhe klargestellt, daß Agartz' klassenkämpferischer Marxismus in der deutschen Arbeiterschaft kein Echo fand. So blieb für die SED nur die propagandistische Auswertung des Prozesses und der erhofften Verurteilung. Wie passend hätte man in Pankow ein Gefängnisurteil für Agartz empfunden, um es sofort gegen den unzerreibbaren Zusammenhang der Kirchen in West- und Mitteldeutschland auszunutzen. Die unbestechlichen Richter von Karlsruhe haben durch alle diese Berechnungen ihren Strich gezogen. Die rechtsstaatlich gesicherte Freiheit ist wieder einmal stärker gewesen als alle ideologisch-terroristischen Absichten.

## DDR — hinter Gittern

DT. Die sogenannte DDR hat auf ihrem verhängnisvollen Wege einen weiteren Schritt getan. Seit dem Gesetzesbeschluß der sogenannten Volkskammer darf man nicht mehr von Deutschland nach Deutschland reisen, ohne von dem SED-Regime mindestens mit Gefängnis bedroht zu werden. Die Machthaber in Pankow wollen nicht begreifen, daß sie sich nicht als selbstgenügsamer Staat auf-

führen können. Sie wollen auch nicht begreifen, daß die Menschen ihnen fortlaufen, weil in den meisten Fällen das Leben unter ihrer Herrschaft so unerträglich wird, daß man Heimat, Eigentum und Familie im Stich läßt, nur um wieder freie Luft zu atmen. Darum sind Millionen geflüchtet und darum fehlen sie selbst diesem „Staat“, der zwar nicht die Menschen wägt, aber die Arbeitskräfte zählen muß. Der jugendlichen Intelligenz hatte man schon vor Monaten das Reiseverbot auferlegt. Nach dem neuen Paßgesetz droht die Gefängniszelle allen, welche die sogenannte DDR ohne amtlichen Stempel verlassen oder betreten wollen. Und diesen Stempel möchte man am liebsten in Pankow nur noch den örtlichen Funktionären oder Agenten erteilen. Ansonsten setzt man den so heftig erstrebten zweiten deutschen „Staat“ mit einem Arbeits- und Schweigelager gleich. Um so wichtiger wird die Aufgabe aller Deutschen, das Bewußtsein einer einheitlichen und freien Nation jenseits des dialektischen, aber auch des praktischen Materialismus zu erhalten.

## Kirchen-Pressedienst behindert

### „Diffamierung der DDR“

Berlin (epd). Der Vertrieb der letzten Ausgabe der in Ostberlin erscheinenden Korrespondenz „Evangelischer Nachrichtendienst Ost“ (ENO) ist von der Pankower Regierung verboten worden. Das Sowjetzonen-Pressesamt erklärte zur Begründung, die Veröffentlichung des Kommunikés der kirchlichen Ostkonferenz sei eine „Diffamierung der DDR und ihrer Organe“. In dem Kommuniké hatte sich die Ost-Konferenz die Erklärungen der Evangelisch-Lutherischen Landeskonferenz Sachsens zu eigen gemacht und sich damit hinter den verurteil-

ten Leipziger Studentenpfarrer Dr. Schmutzler gestellt.

### Zwei Studenten verurteilt

Berlin (DPA). Wegen einer Verbindung zu Dr. Schmutzler und wegen „Boykotthetze“ wurden, wie erst jetzt bekannt wird, am 7. Dezember zwei Leipziger Theologiestudenten zu Zuchthausstrafen verurteilt. Die Namen der beiden Verurteilten sind Andreas Jentsch und Wolfgang Wohlbe.

Bonn (AP). In der letzten Woche sind rund 1300 Personen weniger aus der Sowjetzone geflüchtet als in der Vorwoche.



## Manchmal lächeln sie auch

Berlin (Eigenbericht). Das Entscheidende, was den Inhabern der politischen Macht in der Sowjetzone fehlt, ist Vertrauen, Vertrauen zu allen Erklärungen, zu allen Maßnahmen dieses „Staates“, der unter den Bürgern das Gefühl der permanenten Unsicherheit schürt. So kommt es, daß Vorgänge, die an sich nicht schlimm sind, schlimm werden.

### POTSDAM

Keine Reiseperrre nach Westberlin, aber... Er will den Potsdamern nicht so recht gefallen, der neue Bahnhof Potsdam-Süd in der Pirscheide. Doch die Befürchtungen, der Reiseverkehr nach Westberlin werde eingeschränkt, trafen nicht ein. Erleichtert nimmt man es allerorts zur Kenntnis, aber ganz traut man den Erklärungen der Spitzenfunktionäre nicht. Und interessiert erkundigen sich Potsdamer Einwohner auf dem Bahnhof bei den Reisenden, die „tief aus der Zone“ kommen, ob es Behinderungen beim Verkauf von Fahrkarten gäbe. „Alles wie früher“, lautet zur Zeit die Antwort, es gibt weiter Fahrkarten nach Berlin für jedermann — und die Kontrollen sind sehr unterschiedlich.

### Im Park von Sanssouci

Unterdessen kämpft die Partei, die immer recht hat, weiter. Es geht um die Jugendlichen. Sie sollen schießen lernen, am Geländespiel teilnehmen, gestählt und politische „Kämpfer“ werden. Und was tun sie wirklich: Sie tanzen gern in der „Alten Schänke“, sie gehen im Park von Sanssouci spazieren, wie überall auf dieser Welt Liebende spazierengehen, sie bereiten Weihnachtsspiele vor, und sie interessieren sich für Fußball und Toto. Sie bummeln durch den Selbstbedienungsladen in der Brandenburgischen Straße und diskutieren über die Sputniks. Und sie finden das Leben sogar schön, solange sich nicht irgendein Funktionär gegen sie stellt, weil sie wieder einmal in Westberlin im Sportpalast oder im Kino waren.

### GERA

Mancherorts in der Zone sagt man: „Je weiter von Berlin

entfernt, je tiefer in der Provinz, je unangenehmer ist der Alltag, je schwieriger die Versorgung.

### SED: Die Alten sind kontra

In Gera übermitteln sich Nachrichten über Bohnenkaffeeverkauf oder über eine neue Sendung Nähseide in der Stadt durch die Hauspost der Hausgemeinschaften. „Die Alten sind gegen uns, das wissen wir“, erklärte ein Parteifunktionär kürzlich auf einer Einwohnerversammlung zum Thema Jugendweihe. Und er forderte dazu auf, wenigstens die Jugendlichen zu gewinnen. Zehn Betriebsaktives wurden gebildet, die Jugendliche und Eltern bearbeiten, sich am „sozialistischen Aufbau“ zu beteiligen. Die Schüler sollen Ziegel putzen, Grünanlagen in persönliche Pflege nehmen und bei Versammlungen als Saalhelfer zum Einsatz kommen, die ein wenig aufpassen, wer Bemerkungen gegen den Staat macht.

### Tanz im „Paradies“

Es ist leicht, die Dinge einseitig zu sehen und schwarz-weiß zu malen. Aber auch für unsere Landsleute in der Zone gibt es manche kleine Freude im Alltag. Wer in Jena auf den Jenzigturm steigt oder zum Fuchsturm heraufkrazelt, fühlt sich gleichsam glücklich wie der Wanderer in Schierke oder in Wernigerode. Es gibt einen Kreis von Bürgern, die haben die Fähigkeit entwickelt, ihr Leben abseits von jeder Politik zu leben. Selbständige Berufe oder Rentner oder Angehörige der Intelligenz, die man braucht und deshalb in Ruhe läßt. Die Vorträge im Planetarium sind gewiß spannend und lehrreich. Übrigens: Es ist eines der schönsten Planetarien in Deutschland, einst von Zeiss ausgerüstet und aufgebaut. Im „Paradies“, der weitausladenden Grünanlage im Saaletal, wird abends getanzt.

### ERFURT

Drei Studenten der Medizinischen Akademie der alten Blumenstadt Erfurt erhielten als Strafe eine Kürzung ihrer monatlichen Stipendien in Höhe

von 30,— DM. Begründung: Weil sie zu Besuch in Westberlin waren. Sie dürfen sich aber „bewähren“. Bewähren heißt, Mitarbeiter beim sozialistischen Aufbau.

Unter sozialistischen Aufbau versteht die SED Trümmerarbeiten, Steineputzen, Säuberungsarbeiten und Mithilfe bei der Aktion „Rumpelmännchen“. Die jungen Pioniere ziehen mit Handwagen durch die Straßen und sammeln Lumpen und alte Flaschen sowie altes Eisen. Für den Aufbau. Und Studenten sollen sie mit anleiten. Sie tun es, um bleiben zu können.

### In der VEB Schuhfabrik

Gegen den Schlendrian kämpfende Männer und Frauen in den Fabriken. Das heißt, die Arbeiter leisten schon tüchtige Wertarbeit. Jetzt sollen die Angestellten und Arbeiter des VEB Schuhfabrik Paul Schäfer, Erfurt, die Engpässe bekämpfen, die Materialfehler ausbügeln, die Qualität oder Schuhe verbessern, den Arbeitsablauf normalisieren, alles Dinge, die selbstverständlich sind und Sache der Werkleitung sein müßten. Aber es ist eine traurige Erfahrung für sie: Was sie erarbeiten, verwirtschaften die Funktionäre,

### FRANKFURT/ODER

Ein paar Meter vor der Brücke des Friedens steht ein Schild: „Hier endet die Deutsche Demokratische Republik“. Aus einem zentral gelegenen Bahnknotenpunkt Frankfurt an der Oder wurde ein Endpunkt. Knapp zwei Stunden fährt man mit der Eisenbahn nach Frankfurt. Die alten Frankfurter werden sich niemals damit abfinden, daß hier Deutschlands Grenze sein soll. Die jungen Leute kennen es nicht anders. Sie hören das Bimmeln der Friedensglocke, die sie Totenglocke nennen. Sie stehen mit den Händen in den Taschen am Markt und betrachten die arbeitenden Trümmerfrauen. Sie bemerken Tag für Tag und Nacht für Nacht die Züge, die gen Osten rollen. Früher Reparationen, heute Exportwaren. Die Verrechnung besorgen zuverlässige Funktionäre in Ostberlin.



# „Gemeinsame Gewissensforschung“ in Paris

## Die Reden Eisenhovers und Adenauers vor der NATO-Konferenz

Paris (AP/DPA). „Ich bin hier, um gemeinsam mit Ihnen die Arbeit der NATO für einen gerechten Frieden fortzuführen. Ich treffe mich mit Ihnen hier in Paris, meine langjährigen Freunde und Kollegen, die wir uns eine schwere Verantwortung und glänzende Möglichkeiten teilen. Dieses Treffen ist einmalig in der Geschichte der NATO, denn es führt zum erstenmal die Regierungschefs zusammen.“ Mit diesen Worten begann Präsident Eisenhower unter der gespanntesten Aufmerksamkeit seiner Kollegen seine große Rede vor der NATO-Konferenz.

Er wies darauf hin, daß der NATO-Rat sich später mit „Vorschlägen für bestimmte Maßnahmen zur Erhöhung des Standes unserer kollektiven Anstrengung“ beschäftigen werde, die aber, das wollte er betonen, auf jeden Fall Maßnahmen für den Frieden sein würden. Das allgemeine Ziel der Konferenz umriß der Präsident mit den Worten:

„Wir sind hier, um uns abermals der Aufgabe zu widmen, die Schatten zu verjagen, die jetzt auf die freie Welt fallen. Wir sind hier zu einer Bestandsaufnahme unseres großen Besitzes an Menschen, an Geist und an Material. Wir sind hier, um Mittel und Wege zu finden, wie wir unsere unbestreitbaren Kräfte einsetzen können, um der Menschheit hier auf Erden eine geräumige und besser gesicherte Heimstatt zu bauen.“

Nach einem Rückblick auf das Erreichte, wobei Eisenhower die Verteidigungskraft der NATO als den „heute mächtigsten Militärapparat der Welt“ kennzeichnete, verwies er darauf, daß seit Gründung der NATO kein europäisches Land mehr einer kommunistischen Aggression zum Opfer gefallen sei und erklärte: „Wir dürfen aus der Vergangenheit Befriedigung schöpfen, aber nicht Selbstzufriedenheit in der Gegenwart. Täglich vergrößert der Sowjetstaat seine militärische und wirtschaftliche Macht, und seine Machthaber tun kund, daß sie diese Macht zur Beherrschung der Welt einsetzen wollen... Mit Nachdruck wird die Produktion neuer Waffen mit Einschluß atomarer Sprengköpfe und Raketen betrieben...“

Sie fordern uns heraus zum weltumspannenden Wirtschaftskampf... Dies sind einige der Probleme, die uns gestellt sind.“

Um in diesem Ringen siegreich zu bleiben, fuhr Eisenhower fort, mußten die NATO-Partner eine „gemeinsame Gewissensforschung“ vornehmen

## „Fühlungnahme mit Moskau“

Bundeskanzler Adenauer, der die erste Arbeitssitzung eröffnete, regte an, auf diplomatischem Wege zu klären, welche präzisen Vorstellungen Ministerpräsident Bulganin mit seinen letzten Vorschlägen verbinde. „Ich erkenne den maßvollen Ton dieses Schreibens an, den wir von sowjetischer Seite nicht immer gewohnt sind“, sagte er.

Die NATO-Staaten forderte der Kanzler an, nicht in ihren Bestrebungen nachzulassen, das Verhältnis zum Ostblock zu entspannen, um so die Spaltung der Welt zu überwinden. „Wir bieten unsere Hand allen denen, die guten Willens sind und für die ebenso wie für uns das höchste Gut der Friede in Gerechtigkeit und Freiheit ist.“ Der Kanzler bedauerte in diesem Zusammenhang, daß die Sowjetunion die von der UN-Vollversammlung mit so großer Mehrheit angenommenen Abrüstungsvorschläge des Westens zurückgewiesen habe, denn „ein entscheidendes Element der Bemühungen um eine Friedensordnung ist eine allgemeine Abrüstung unter internationaler Kontrolle“.

In drei Punkten faßte Adenauer dann die Voraussetzungen zusammen, um die Politik der NATO-Gemeinschaft krisenfest zu machen:

1. Überraschende politische Vorstöße Moskaus können nur

und sich von „gewissen falschen Denkgewohnheiten“ befreien, deren sich alle mehr oder minder schuldig gemacht hätten. Als solche nannte er den Glauben, daß die freie Welt von Natur aus auf allen Gebieten leistungsfähiger sei als das totalitäre System, daß die Zeit für sie arbeite, ganz gleich wie man sie verwende, daß die freien Völker kraft ihrer Unabhängigkeit ein getrenntes und selbstisches Eigenleben ohne zusammenfassende Planung und Anstrengung führen könnten und daß überhaupt der Triumph der Freiheit über die Despotie etwas Zwangsläufiges sei.

dann aufgefangen werden, wenn sich die NATO rechtzeitig über gewisse gemeinsame Grundlinien einig wird. Konkrete Aktionsprogramme im Hinblick auf die Politik gegenüber Ost-Europa, dem Nahen Osten und Afrika sind notwendig.

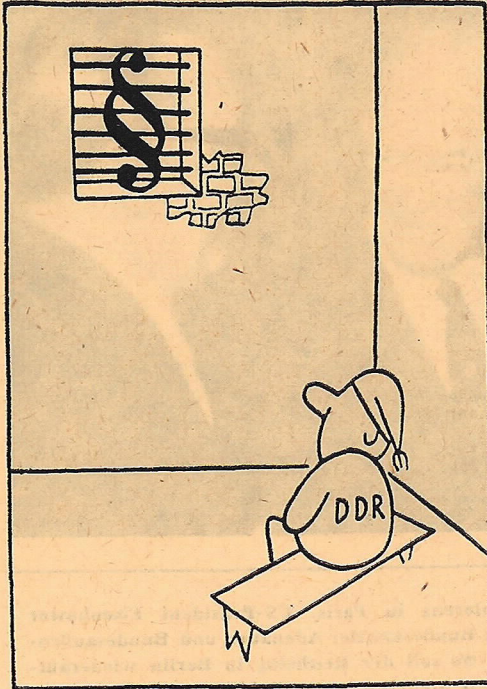
2. Um die Konsultation im Rahmen der NATO wirksam werden zu lassen, muß der Ständige Rat konstruktive Vorschläge über die wirtschaftlichen Beziehungen zum Satellitenraum als Mittel zur Überwindung der Zweiteilung Europas machen. Ferner muß überlegt werden, wie das Band der freien Welt mit den Völkern des Nahen Ostens wirtschaftlich enger geknüpft wird.

3. An der Lösung der Wiedervereinigung Deutschlands, dem Spannungsproblem Nummer eins, müssen die NATO-Partner gemäß den Vereinbarungen weiterhin zusammenwirken. „Wir sollten immer wieder darauf dringen, daß die sowjetische Regierung ihre Zusagen zur Durchführung der in Genf beschlossenen siebzehn Punkte über die Ost-West-Kontakte einhält.“

Abschließend sprach sich der Bundeskanzler für eine Ausrüstung der NATO-Staaten mit modernen Waffen sowie für eine größere Straffung und Verbesserung der Organisation aus.



## Verbot von Westreisen



Die neue Aussicht

## In der Sowjetzone



„O du fröhliche...“

## Keine Konferenz ist überflüssig

Fortsetzung von Seite 2

zung einer europäischen Führungsstellung behilflich zu sein. An Frankreich drängt sich Bulganin mit der Warnung vor Amerika. Und gegen die Bundesrepublik mischt Bulganin einen Trank von Warnung und Lockung: die Aussicht auf eine Gewährung der Freiheit, wenn atomfreie Zone und NATO-Entbindung deutsches Dogma werden könnten — und die schußbereite Pistole, wenn das Bündnis mit Amerika nicht nur nicht bleiben, sondern fester werden sollte.

Mit vielerlei Bedenkens- und Besprechenswertem hat der sowjetische Ministerpräsident die Gesprächsteilnehmer von Paris beschwert. Es ist undenkbar, daß alle diese so verwirrend verschiedenartigen Vorschläge und Angebote in den drei Pariser NATO-Tagen debattiert

werden könnten. Doch die Konferenz, die ausgezogen ist, um eine große Charta der Verständigung im Geist und in der Sache gegen den östlichen Vormarsch zu schaffen, wird Mühe haben, manche Eindrücke zu verschweigen, mit denen der Kreml sich als Gesprächsteilnehmer an den Tisch von Paris gedrängt hat.

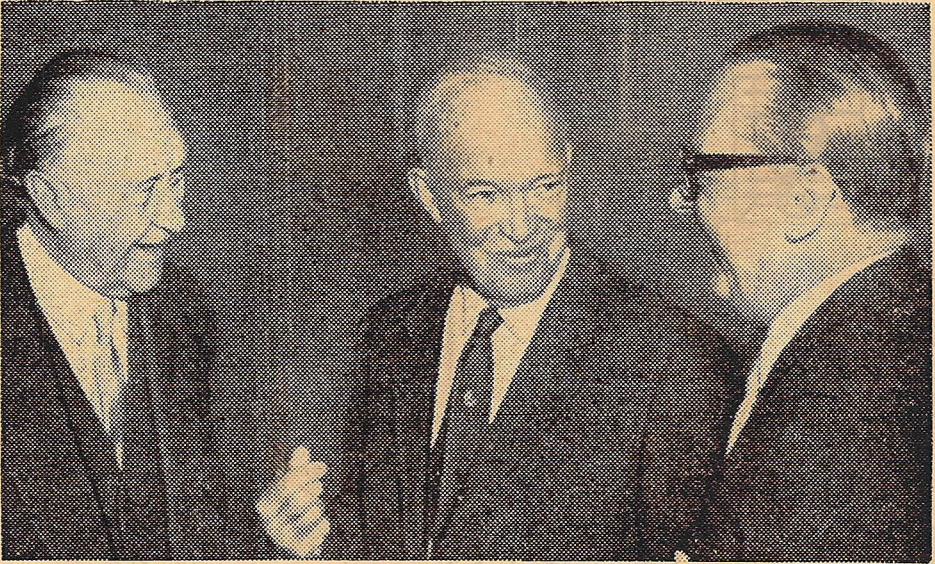
\*

Paris ist eine politische Etappe, die die Moskauer Politik erzwungen hat. Es ist keine Koexistenz-Konferenz. Die erste Konferenz der westlichen Welt auf höchster Ebene aber wird gewiß Moskau nicht den Krieg ansagen, sowenig Sinn sie als eine bloße Zusammenkunft der Abwehr und der Verteidigung hätte. Vielleicht ist es gerade gut, daß Moskau vor dieser großen Zusammenkunft noch

einmal das Feuerwerk von politischen Vorschlägen verschiedenster Farbe entfaltet hat. Die westlichen Regierungschefs könnten nämlich im genauen und gründlichen Vergleich der Botschaften, die an sie gerichtet sind, erkennen, wie viele Zungen Moskau hatte, um mit ihnen allen das gleiche zu wollen: Die Einigkeit des Westens nach Kräften zu verhindern.

Jeder von den angesprochenen Regierungschefs sollte sehr gründlich, wenn der Pariser Kongreß vorbei ist, die Moskauer Briefschreiber genau auf alle die jetzt angesprochenen Verhandlungsthemen stellen. Es wäre ein Segen, wenn diese Gespräche in Gang kämen. Vorerst aber ist es unerlässlich, daß sie in Paris die Sache der fünfzehn Staaten als eine gemeinsame Sache ansehen und daraus greifbare organisatorische Konsequenzen auf allen Gebieten ziehen.





**BILDER DER WOCHE.** Oben: NATO-Konferenz in Paris. US-Präsident Eisenhower (Mitte) in freundschaftlichem Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer und Bundesaußenminister von Brentano (rechts). — Unten: So soll der Reichstag in Berlin wiederaufgebaut werden. Unser Bild zeigt das Modell vor der Reichstagsruine.

